

Professor Dr. Holzappel: Mein Vertrauen in unsere Regierung hat sich, wie bisher stets, als völlig gerechtfertigt erwiesen

Als ich zuerst von den Maßnahmen unserer Regierung vom 13. August 1961 hörte, hatte ich nicht unerhebliche Bedenken, daß die politischen Spannungen zwischen der Gemeinschaft der sozialistischen Länder unter Führung der Sowjetunion einerseits und den unter der Vorherrschaft der USA stehenden kapitalistischen Ländern andererseits verschärft und die Welt damit letztlich einem verheerenden, die Existenz alles Lebens auf der Erde bedrohenden Atomkrieg näherbringen könnten. Nicht daß ich je oder auch in diesem Augenblick an der Friedensliebe unserer Staatsmänner gezweifelt hätte! Aber könnten nicht die kapitalistischen Staaten wie ein in die Enge getriebener Verbrecher zu überstürzten und gefährlichen Maßnahmen Zuflucht nehmen, die dann den Krieg auslösen würden?

Ich sagte mir, daß für die Westmächte kein Grund für irgendwelche Gegenmaßnahmen bestünde, da es doch nur innere Angelegenheiten unseres Staates sind, die wir nach unserem Gutdünken zu regeln wie jeder souveräne Staat das selbstverständliche Recht haben. Daß es bitter notwendig war, die Abwanderung ideologisch gegnerischer, oft aber auch nur unsicherer Elemente aus für unsere Wirtschaft und unser ganzes Leben so wichtigen Berufsgruppen wie Chemikern, Ingenieuren, Konstrukteuren und Ärzten zu unterbinden, darüber befand ich mich schon seit Jahren in keinem Zweifel. Stets habe ich auf die besonderen, dadurch bedingten Schwierigkeiten hingewiesen, die uns daran hinderten, auf wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen, kulturellen und vielen anderen wichtigen Gebieten so schnell voranzuschreiten, wie es wünschenswert gewesen wäre und wie es uns sozialistische Länder wie z. B. die CSSR oder die Volksrepublik Polen zeigten.

Daß die Abwanderung gewisser Berufsgruppen nicht für uns so schädliche Ausmaße angenommen hätte, wenn nicht in der Bundesrepublik und besonders in Westberlin im geheimen tätige Abwerbe-

organisationen alle unredlichen Methoden der finanziellen und sonstigen Bestechung, der Verleumdung und offenen Drohung angewandt hätten, bedarf keines weiteren Beweises. Wie oft fragte man sich bei der Republikflucht jüngerer Kollegen vergeblich nach ihren Gründen dazu! Oft bezogen sie ein im Verhältnis zu ihrer Jugend sehr hohes Gehalt, besaßen einen Wagen und anderen Komfort. Was hätte sie veranlassen können, auf all das zu verzichten, wären sie nicht auf die auf höchster verantwortlichen Vorposten der Abwerbezentralen blindlings herorgefallen?

Wenn ich eingangs sagte, daß ich ursprünglich Bedenken hatte, daß die bekannten Maßnahmen vom 13. August zu einer Verschärfung der Spannungen führen könnten, so hatte ich andererseits doch stets das Vertrauen, daß unsere Regierung, an ihrer Spitze der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, bestimmt diesen wichtigen Schritt vorher nach allen Seiten wohl erwogen und durchdacht haben würde. Ich war davon überzeugt, daß sie die politischen Zusammenhänge sehr viel besser und umfassender zu durchschauen vermag als ich, diese wichtigen Maßnahmen zur Sicherung der Grundlagen unseres Staates bestimmt nicht ergriffen hätte, wenn sie auch nur die geringste Möglichkeit für die Gefährdung des Friedens hätte befürchten müssen. Dieses Vertrauen hat sich in der Folge, wie bisher stets, als völlig gerechtfertigt erwiesen. Die technische und organisatorische Durchführung der Maßnahmen kann unserem Staat nur zur Ehre gereichen. Inzwischen haben viele neutrale Staatsmänner, ich erinnere hier nur an die realistische und verständnisvolle Haltung des indischen Premierministers Nehru, die Schritte der DDR als völlig berechtigt anerkannt.

Was mir persönlich aber am allerwichtigsten erscheint, ist folgendes: Seit vielen Jahren schien die Wiedervereinigungspolitik zu stagnieren. Alle Angebote unserer Regierung zu Verhandlungen wurden von Adenauer abgelehnt oder überhaupt nicht

beachtet. Jetzt bereits beginnt man zu verstehen, daß der sicherlich sehr kühne Schritt Walter Ulbrichts die einzige Möglichkeit bildete, die Stagnation zu überwinden. Schon gibt es Anzeichen, die auf eine Verhandlungsbereitschaft der Westmächte und sogar Adenauers deuten. Bei allem berechtigten Mißtrauen gegenüber solchen Zeichen – schließlich wurden wir oft genug enttäuscht – kann man nur hoffen, daß sich die Stimmen der Vernunft im Lager der Kapitalisten mehr und endlich – wirklich in letzter Minute – zu echter Verhandlungsbereitschaft führen mögen! Dann stünde nichts im Wege, daß man sich über einen Friedensvertrag aller mit Hitlerdeutschland ehemals im Kriege befindlichen Staaten mit der Deutschen Demokratischen Republik und mit der Deutschen Bundesrepublik einigte. Ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten aber wäre nach meiner Ansicht die einzig denkbare Voraussetzung für eine Wiedervereinigung. Sollten dagegen die Westmächte auch jetzt noch nicht zu Verhandlungen bereit sein, dann gäbe es wohl für uns keinerlei Ursache, daß wir für unseren Staat nicht einen Friedensvertrag mit allen dazu bereiten Staaten, auf jeden Fall also mit der befreundeten Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten abschließen. Gibt es doch wohl in der Geschichte kaum Beispiele dafür, daß ein Staat sechzehn Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes noch keinen Friedensvertrag erhalten hätte: einmal doch müßte auch der ungeliebte Hitlerkrieg überwunden werden!

Als Folgerung der voranstehenden Gedanken habe ich mich bereit erklärt, im „Komitee gegen den Menschenhandel“ der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Karl-Marx-Universität mitzuarbeiten.

H. Holzappel

Prof. Dr. Heinz Holzappel,
Leiter der Fachrichtung Chemie

Wollen Sie Handlanger für den Krieg werden?

Ein offener Brief an Prof. Dr. Seidemann, Direktor des Instituts für Meliorationswesen der Landwirtschaftlichen Fakultät

Herr Professor!

Wir sind in den letzten Tagen vor Antritt Ihres Urlaubs zu einem Gespräch zusammengesessen, in dem die Schicksalstragen unserer Nation einen großen Raum einnahmen. In dem Gespräch, in dem ich mich bemühte, sachlich und offen auf Ihre Probleme einzugehen, zeigte sich, daß Sie gegenüber der Politik des Friedens manchen Irrungen unterworfen sind und teilweise das häßliche Geschrei der westdeutschen Militaristen und Ultras unterstützen. Die Ursache für diese Ihre Haltung zeigten Sie mir selbst, indem Sie zum Ausdruck brachten, daß Sie – um ein sogenanntes „objektives“ Bild zu bekommen – sich den Einflüssen westdeutscher und Westberliner Bundesfunktionäre aussetzen. Natürlicherweise beschäftigte mich die von Ihnen aufgeworfenen Fragen weiter und sind mir heute Anlaß zu einigen von Ihnen vertretenen Auffassungen nochmals Stellung zu nehmen.

Sie haben in den sechzig Jahren Ihres Lebens die verschiedensten politischen Richtungen kennengelernt und die Folgen der Politik des Militarismus am eigenen Leibe erfahren. Als Fünfzehnjähriger erlebten Sie den Zusammenbruch der Monarchie, die die damalige Form der Herrschaft des Militarismus war. In den Jahren der Weimarer Republik bekämpften Sie sich zu diesem System, weil es Ihnen demokratisch und daher als bester Garant für Freiheit, Menschenwürde und nationale Selbstbestimmung erschien. Aber was war das Ergebnis dieser „Demokratie“? Die Ausgeburt des Barbarismus, der Faschismus, kroch aus diesem El. All die Parteien, die sich als „Träger der Weimarer Republik“ erklärten hatten, einigten sich in der unheilvollen Stunde des März 1933, den Hitlerfaschisten im Reichstag die Ermächtigung auszusprechen. Die Stützen der „Freiheit, Menschenwürde und nationalen Selbstbestimmung“ lieferten das deutsche Volk dem Faschismus aus.

Sie haben in jener Zeit oft auf den Tribünen des Reichstages gesessen und die Verhandlungen in den Plenartagungen verfolgt. Ihnen schien es so, daß dort ehrlich Beratungen würde, wirkliche Demokratie herrsche. Und während Sie – stolz über dieses Zeichen – berührt arbeiteten, fanden die entscheidenden Verhandlungen statt, bei denen niemand Zaungast spielen durfte. Diese Verhandlungen wurden nicht im Reichstag geführt, sondern sie fanden zwischen denen statt, die die wirtschaftliche Macht hatten und denen, die sich bereit fanden, die Interessen des Monopolkapitals gegen gute Bezahlung zu verwickeln. So wurde eine Politik des Betruges getrieben: Öffentlich durften die Abgeordneten „Demokratie“ repräsentieren, indem sie sich Stundenlang über die beste Fassung der Gesetze des Monopolkapitals stritten – im Geheimen wurde die wirkliche Politik festgelegt. Ein Opfer dieser Politik wurden Sie selbst: Sie wurden betrogen und belogen und hielten diese Politik für Recht und Freiheit.

Aber in dem gleichen Zeitpunkt, als immer mehr Angehörige unseres Volkes dieses Theater zu durchschauen begannen, als die Zahl der Stimmen für die KPD enorm wuchs, da einigten sich die Monopolkapitalisten hinter den Türen darüber, daß diese Theaterspieler aufhören und man geschlossen gegen die Arbeiterklasse vorgehen müsse. Ergebnis: Hitler, Ermächtigungsgesetz, brutaler Terror gegen die Arbeiterbewegung, zweiter Weltkrieg. Sie wollen mich heute vergessen machen: Es

war nicht nur die schwarz-braune Pest, die diese Entwicklung vorantrieb, zu den Organisatoren gehörten auch ihre Helfer, wie die Deutschnationalen, Zentrum usw. Ich frage Sie: Sind nicht die Träger dieser Politik Verbrecher, ist nicht das Monopolkapital und der von ihm bezahlte Militarismus jene Politik, die brutal und unmenschlich ist?

Sie haben – wie viele Angehörige der Intelligenz – die warnende und zum Kampf aufrufende Stimme der Kommunisten damals überhört. Sie schlugen die brüderlich dargebotene Hand der Kommunisten aus. Aber Recht behielten nicht Sie, sondern die Kommunisten, und zwar deshalb, weil sie beharrlich die Frage stellten nach den Klassenzielen der Politik. Die Kommunisten wählten damals genau wie heute: Schlägt die Militaristen und Faschisten, jagt sie aus den Machtpositionen – tut ihr das nicht, so werden sie euch auf die Schrotbank des Krieges führen.

Herr Professor, Sie standen wie Hunderttausende Deutscher 1945 vor den Trümmern der Politik, die Sie mitgetragen haben. Damals war ich fünfzehn Jahre alt – wie Sie nach dem ersten Weltkrieg. Damals sagte mir mein Vater offen und klar: Ich habe 1933 der SPD-Führung geglaubt, ich habe eine Zeitung auch Hitler geglaubt. Schau dir genau an, was dabei herausgekommen ist und suche dann deinen Weg. Ich – so sagte mein Vater – habe Schuld auf mich geladen und werde jetzt all meine Kräfte einsetzen für den wirklichen Sozialismus, zu dem die SED führt.

Der Denkfehler

„Ich bin ja nicht mehr auf der Penne“, sprach Franz, „ich bin ein Mensch, der denkt,“

und ohne meine West-Ansicht kühl ich die Freiheit eingeschränkt.

Ich hör auch gar nicht auf die Hetze, und manches ist so harmlos-nett. Wenn schodet's, wenn ich mich eröbte schon mal an Filmen und Bolletts? –

Was hier der Franz expektierte, gleicht jenem ornen Mann aus Haar, der frei mit Gift sich bequidierte, weil's als Konflikt beschriftet war.

Von Obelkeit und Weh befallen sank er, schon halb entseelt, aufs Bett und lobte noch mit irem Lollen das schöne bunte Etikett.

Dixi

Sie, Herr Professor, haben sich damals immer noch nicht zu dieser ehrlichen Abrechnung mit der Vergangenheit bereit gefunden.

Inzwischen sind sechzehn Jahre vergangen. Das waren sechzehn Jahre, in denen Sie sich zu einer solchen selbstkritischen Stellung durchringen konnten. Wir haben es Ihnen leichtgemacht. Die Arbeiterklasse hat demonstriert, daß Ihre Politik Frieden und Menschlichkeit ist. Sie haben zur gleichen Zeit Gelegenheit gehabt, die unheilvolle Politik zu verfolgen, die der Militarismus heute in Westdeutschland einschlägt. Gewiß, dort hat man das Firmenschild geändert – „Volkskapitalismus“ steht jetzt darauf – aber können Sie übersehen, daß dort das gleiche Theaterspiel wie in der Weimarer Zeit stattfindet? Können

Sie übersehen, daß man – wenn auch ohne faschistische Mächtigergreifung – weit über 1933 hinaus ist und wiederum brutalen Terror gegen die Arbeiterbewegung anwendet? Können Sie überhören, wie dort zum Krieg gegen die DDR und das ganze sozialistische Lager geschrien wird?

Gewiß können Sie das nicht, aber Sie fallen wieder auf die Sippenengänge der Militaristen herein. Sie tun wieder einmal die erneuten Warnungen und Aufrufe zum Kampf gegen den Militarismus als „billige Propaganda“ ab. Sie glauben uns Kommunisten nicht, wenn wir Ihnen sagen, daß der Militarismus u. a. durch den Menschenhandel den Krieg vorbereitet, und Sie orientieren sich erneut auf die Verderber der deutschen Nation, diesmal als Hörer westdeutscher und Westberliner Hetz- und Verwirrungsender. Sie wollen „freie Wahlen“, deren Ergebnis der Faschismus und der Krieg waren. Herr Professor, Sie können sich nicht wieder herausreden: „Ich habe das nicht gewollt“ 1933 erklärte die SPD-Führung. Nehmt den Hitler mit seinem Größenwahn nicht so ernst – der wird sich abwirtschaften. Sie wissen, daß diese Abwirtschaftung 30 Millionen Menschen das Leben gekostet hat und Auswirkungen davon heute noch zu spüren sind, die uns das Leben erschweren. Heute erklärt die offizielle Propaganda der Militaristen und Ultras, daß sich alles gewandelt habe, erst im Westen keiner den Krieg wolle. Und Sie erklären mir das gleiche.

Ja, Sie gingen noch weiter und solidarisierten sich mit dem Lügner Strauß, der die westdeutsche Aufrüstung mit der „ungeheuren Militärmaschine“ der Sowjetunion begründet. Sie können doch nicht vergessen haben, daß die Sowjetunion seit Jahren um die allgemeine und vollständige Abrüstung kämpft und Strauß einer derjenigen ist, der sich dagegen stemmt. Sie behaupten auch – gemeinsam mit dem Geschichtsfälscher –, daß die Sowjetunion, die alles für die kollektive Sicherheit in Europa eingesetzt hat, Schuld am zweiten Weltkrieg sei. Auf die Spitze trieben Sie Ihre Haltung mit der – angesichts der Spionage- und Sabotagetätigkeit von Westberlin aus – ungeheuerlichen Behauptung, daß „die wirklichen Verbrecher die Uniformierten sind“, die um Berlin herum stationiert sind“. Sie sagten das in jenem Moment, als Ihnen bekannt war, daß die Volkstammer einstimmig beschlossen hatte, energische Schritte zur Rettung des Friedens einzuleiten. Sie sagten das in dem Moment, als die ganze Welt aufatmete, weil die Regierung der DDR die drohende Gefahr des Völkermordens erstreckte. Sie sagten das in dem Moment, da Sie Kenntnis von dem erklärten Willen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen aus der Presse und aus dem Mund unseres verehrten Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Walter Ulbricht, hatten, auch Ihr Leben durch entschlossene Maßnahmen zu retten. Herr Professor, den treuen Söhnen des Arbeiter- und Bauern-Staates, die die Opferbereitschaft für den Frieden bewiesen haben und ihren Dienst in unseren bewaffneten Organen auch im Interesse Ihrer Familie leisten, sind Sie in den Rücken gefallen und haben Sie auf das geminstete beschimpft.

Strauß kauft Atomwaffen und erklärt zugleich, daß für Leute seines Schlages der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende sei. Strauß hat in der NATO das Dokument MC 96 durchgedrückt, das die durchgängige Atomrüstung der Bonner Bundeswehr vorsieht und den westdeutschen Militaristen

Prof. Dr. Herbert Uebermuth, Direktor der Chirurgischen Klinik:

Maßnahmen vom 13. August lassen uns auf Verhandlungen hoffen



Als ich aus dem Kriege kam, glaubte ich, daß die deutschen Menschen nur ein Ziel vor Augen haben könnten, nämlich Frieden für ihr unglückliches Vaterland zu erkämpfen und sich nach schlimmster schuldhafter Verwicklung dadurch von ihrer beschämenden und niederdrückenden Vergangenheit frei zu machen, daß sie durch Fleiß und Arbeit allmählich wieder das Vertrauen der Völker erringen würden.

Wie viele Friedensvorschläge und wie viele Anrufe zum Verhandeln sind in diesem Sinne von unserer Regierung und darüber hinaus von der UdSSR ergangen, ohne daß sie Beachtung gefunden hätten!

Statt dessen führten währungspolitische Machenschaften, militaristisches Waffenklirren und revanchistisches Aufpöhlen zu immer tieferer Spaltung unseres Vaterlandes.

So mußte die Abschirmung vom

13. August durch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als zwangsmäßige Folge der in den vergangenen Jahren im Friedenwillen ertragenen offenen oder versteckten Angriffe gegen unsere Republik kommen.

Es wird von niemandem verkannt, daß diese historischen Maßnahmen mit Härten und Opfern verbunden sind. Es wird aber für sie von jedem Verständnis aufgebracht werden, da damit die Hoffnung verbunden ist, es möchte nunmehr nach einem deutlichen Sichtbarwerden der politischen Kräfteverhältnisse von den Verantwortlichen der Regierung der Weg für Verhandlungen und Friedensabschluß gefunden werden, welcher uns wieder die Grenzen in unserem deutschen Vaterland und in Westberlin eröffnet und uns zu Verkehr und Austausch gelangen läßt, den alle Deutschen, besonders wir Wissenschaftler von tiefem Herzen ansehnen und für unsere Arbeit benötigen.

Frauen der Karl-Marx-Universität an Walter Ulbricht:

All unsere Kräfte für Friedensvertrag und Stärkung der DDR

Der Zentrale Frauenausschuß der Karl-Marx-Universität richtete einen Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, den wir auszugsweise wiedergeben:

Wir haben in den letzten beiden Weltkriegen erfahren müssen, was es heißt, Mann und Kind in einem sinnlosen Völkermorden zu verlieren.

Wir Frauen und Mütter gleich ob als Wissenschaftlerin in Lehre und Forschung, als Ärztin, Schwester, Arbeiterin oder Angestellte in unseren Kliniken, Instituten, Fakultäten und sozialen Einrichtungen, versichern Ihnen, daß wir voll und ganz hinter den Maßnahmen von Partei und Regierung stehen und all unsere Kräfte für den Abschluß eines Friedensvertrages und für die Stärkung unserer Republik an unserem Arbeitsplatz bzw. an der Stelle einsetzen werden, wo es Partei und Regierung für erforderlich halten.

Die Atomwaffen in eigene Verfügung geben soll. Die Bonner Ultras, die diese Politik trugen, haben seit zwölf Jahren unsere Verhandlungsvorschläge ständig verhöhnt und abgelehnt. Die Soldaten und Polizisten des Staates, der Ihnen, Herr Professor, den Weg zur wissenschaftlichen Tätigkeit ebnet hat, angesichts dieser Situation zu beschimpfen, heißt den Frieden verurteilen. Sie unterstützen nicht uns, die wir den Strauß schlagen, sondern Strauß, der unser neues Leben vernichten möchte.

Was meinen Sie, Herr Professor, was mein Vater, der in einem volkseigenen Betrieb tätig und Angehöriger der Kampfgruppe seines Betriebes ist, sowie einer meiner Brüder, der als Offizier bei der Nationalen Volksmarine Dienst tut, mir gesagt haben, als ich ihnen von Ihrem Standpunkt erzählte? Sie haben mir den Vorwurf gemacht, daß ich mit Ihnen weiter so sprach wie mit jemandem, der trot und der zu überzeugen ist. Sie haben gesagt: Zweimal hat die deutsche Intelligenz den Kriegstreibern ihre Kraft zur Vorbereitung und zur Durchführung von Weltkriegen zur Verfügung gestellt. Heute haben wir der Intelligenz die Möglichkeit ge-

geben, alles für den Frieden zu tun. Wollen einige Angehörige der Intelligenz noch einmal zum Handlanger für den Krieg werden?

Der Brief wurde u. a. unterzeichnet von: Anneliese Lühr, Vorsitzende des Zentralen Frauenausschusses, Prof. Katharina Harig, Direktor des Herd-Institutes, Dr. Helga Ulbricht, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Hertha Schmidt, Oberin der Medizinischen Fakultät, Dr. Ursula Winkler, Klinik für Ohren, Nasen- und Halskrankheiten, Dr. Waltraude Fischer, Oberärztin an der Neurochirurgischen Klinik, Waltraud Samhammer, Oberärztin der Chirurgischen Universitätsklinik, Ruth Wilhelm, Oberärztin der Medizinischen Universitätsklinik, Erna Käseberg, Oberärztin der Neurochirurgischen Universitätsklinik.

Herr Professor, aus diesem Grunde habe ich Ihnen geschrieben. Ich weiß nicht, wie Sie so sozialistische Diplomlandwirte erleben können. Meiner Auffassung nach geht das nicht.

Sie haben nicht die Lehren aus Ihren eigenen Fehlschritten gezogen. Sicher wollen Sie, daß wir, die „jungen Leute“, später einmal voller Hochachtung von Ihnen sprechen. Heute müssen wir sagen: Herr Professor Seidemann hat in der entscheidenden Schlacht gegen den Militarismus versagt!

Gerhard Jung

PS: Ich halte es für angebracht, daß auch die anderen Angehörigen der Fakultät sich an dieser Auseinandersetzung beteiligen, denn es geht um Hunderte von jungen Studenten, die durch uns ertragen werden. Deshalb habe ich eine Durchschrift dieses Briefes der „Universitätszeitung“ zur Verfügung gestellt.

Universitätszeitung Nr. 33, 29. 8. 1961, S. 3